



Standpunkte SVP Nidau

Stadtrat-Sitzung, 18. März 2021

Beschlüsse der Fraktionssitzung

Nidau, 8. März 2021

Einleitung

Am 18. März findet die erste (ausserordentliche) Stadtratssitzung zum Projekt AGGLOlac statt. Die SVP wird folgende Vorstösse einreichen:

Traktanden Stadtrat-Sitzung 18. März 2021 (AGGLOlac)

	Traktandum	SVP	Sprecher
1a	Projekt AGGLOlac	Abl	Leander
I	Organisationsreglement Gemeindeverband	Abl	Leander
II	Vertrag AGGLOlac (inkl. Regelung Mehrwertabgabe)	Abl	Leander
III	Baurechtliche TGO	-	-
	*Überbauung (Nutzungs/Bauzonenplan, Teilbaureglement) etc.	Abl	Uschi
	*Gemeinnütziger Wohnungsbau	A	Uschi
	*Verkehr (Mobilitätskonzept)	Abl	Oli
	*Ökologie und Energie	A	Roland
	*Finanzen und Infrastruktur - Auswirkungen für die Stadt Nidau	Abl	Leander
	*Bestehende Institutionen & Eigentumsverhältnisse	Abl	Leander
IV	Verpflichtungskredit	(A)	Oli
1b	Botschaft an die Stimmberechtigten	Abl	

* Nur bedingt rechtsbindend, daher keine direkte Abstimmung im Stadtrat, aber Stellungnahme

Hinweise:

- Die Traktanden werden nacheinander behandelt und diskutiert. Der Beschluss zu jedem einzelnen Traktandum wird einzeln direkt nach der Diskussion gefällt.
- Sofern ein Traktandum in einem der Stadträte zurückgewiesen oder abgelehnt wird, ist das Projekt gescheitert und muss überarbeitet werden.
- In jedem Fall werden aber alle Traktanden diskutiert, um der Projektgesellschaft ein möglichst umfassendes Bild der Meinungen abzugeben, welche für die Überarbeitung des Projekts entscheidend sind.
- Kommt es zu Änderungsanträgen in einem der Stadträte (Änderung, welche die andere Gemeinde betrifft) so kommt es zu einem Differenzbereinigungsverfahren in einer nachfolgenden Sitzung.
- Die Kommunikation über Beschlüsse im jeweils anderen Stadtrat erfolgt über die Ratspräsidien unmittelbar nachdem der aktuelle Redner fertig ist.
- Die Ausformulierung der Pro/Contra-Argumente wird wie üblich dem Stadtratsbüro überlassen.
- Alle Fraktionserklärungen, einfache Anfragen etc. werden an der ordentlichen Sitzung vom 25. März 2021 behandelt.

GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN

1. Die SVP Nidau lehnt AGGLOlac in der vorgesehenen Form ab und hat dies auch schon über Jahre hinweg so kommuniziert. Wir haben klare Forderungen gestellt und konkrete Verbesserungspunkte angesprochen, welche grösstenteils ignoriert wurden.
2. Die SVP ist nicht grundsätzlich gegen ein Projekt für die Expo-Brache. Wir glauben, dass es auch in der Bevölkerung eine Mehrheit dafür gäbe, ja sogar unter der offiziellen AGGLOlac-Gegnerschaft ist dies der Fall. AGGLOlac lehnen wir in dieser Form jedoch konsequent ab.
3. Der Aufruf in den Medien und der Projektbefürworter, die Vorlage einfach zuhänden der Stimmbevölkerung durch zu winken, ist unhaltbar, dies ist schon fast ein Aufruf zur Arbeitsverweigerung. Es ist unsere Pflicht als Stadträte eine Vorlage bis ins letzte Detail zu prüfen und bei Mängeln die Vorlage abzulehnen. Dies war zuletzt beispielsweise auch beim Projekt Seewasser der Fall. Der Gemeinderat hat die Kritik aufgenommen und das Projekt überarbeitet und ein Jahr später konnte der Stadtrat die Vorlage fast einstimmig verabschieden.
4. Als Stadträte sind wir dafür gewählt und werden auch dafür bezahlt, Vorlagen formell und inhaltlich zu überprüfen. Es ist für die Bevölkerung unzumutbar, hunderte Seiten Verträge Juristendeutsch durch zu wälzen und abschliessend zu beurteilen, ob alles in Ordnung ist. Das ist unser Job als Stadtrat. Unser Abstimmungsverhalten ist somit auch eine Abstimmungsempfehlung an die Stimmbevölkerung und ein Signal, dass die Vorlage abstimmungsreif ist und keine erheblichen Mängel aufweist. Das ist bei AGGLOlac absolut nicht der Fall. Es gibt grundlegende, massive Vorbehalte von links bis rechts. Das wäre auch keine gute Voraussetzung für eine Volksabstimmung - Wenn wir mit einer derart grossen Vorlage vor's Volk gehen, was von sich aus eine grosse Hürde ist, muss eine grosse Mehrheit der politischen Instanzen voll und ganz dahinter stehen.
5. Würde der Stadtrat die Vorlage einfach durch winken, würde bei einer allfälligen Volksabstimmung Mobimo die inhaltlichen Argumente mit einer Riesenkampagne einfach überfahren. Im Abstimmungskampf würde kaum mehr diskutiert werden, was auf Seite 90 in einem Vertrag zu Ungunsten der Gemeinden formuliert ist. Die Projekt-ablehnenden Vertreter würden dann wohl als "Paragrafenreiter," "Nein-Sager" und "Verhinderer" abgestempelt, was ja schon im Vorfeld der Stadtratsitzungen der Fall ist.
6. Zudem besteht die realistische Chance, dass umstrittene Projekt in der Bevölkerung ohnehin Schiffbruch erleidet. Dann wären die Gründe für das Volksnein eine reine Interpretationssache und wir laufen Gefahr, dass die Projektgesellschaft bei einem allfälligen Nachfolgeprojekt dieselben Fehler wiederholt und das ganze "Gstürm" wieder von vorne losgeht. Hier im Stadtrat hingegen können wir uns differenziert zu allen Aspekten der Planung äussern und der Projektgesellschaft mitteilen, was wir unterstützen - nicht alles an AGGLOlac ist schlecht - aber vor allem auch, welche Aspekte wir so nicht akzeptieren.
7. Ein Nein zu AGGLOlac in dieser Form ist nicht ein grundsätzliches Nein zu einem Projekt - Ein Nein zu AGGLOlac ist die Chance, zu einem besseren Projekt. Es ist eine Chance, die breite Kritik aus den Fraktionen, aber auch aus der Bevölkerung und von betroffenen Institutionen endlich aufzunehmen.
8. Die SVP hat insgesamt 20 Forderungspunkte formuliert (nicht alle davon sind ablehnender Natur, einige beinhalten auch Forderungen, aktuelle Elemente bei einer Nachfolgeplanung beizubehalten). Wir sind auf die Überlegungen der anderen Fraktionen gespannt und sind gerne bereit dazu, mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten.

I ORGANISATIONSREGLEMENT GEMEINDEVERBAND

Stadt innerhalb der Städte

Der Gemeindeverband ist eine rechtlich eigenständige Trägerschaft, abgekoppelt von den ordentlichen politischen Abläufen und Gremien.

Die Stadträte hätten nur noch bedingt ein Mitspracherecht und die ordentlichen Kontrollorgane (GPK und AK) würden durch das Regierungsstatthalteramt ersetzt.

Das lehnen wir ab.

Land muss bei den Gemeinden bleiben

Das Land muss unter der demokratischen Kontrolle der Gemeinden bleiben (Abgabe im Baurecht). Über einen Verkauf eines Teils der Flächen an den Investor kann zwecks Optimierung der Finanzen diskutiert werden. Die vorgesehene 65-35 Aufteilung (Baurecht/Verkauf) scheint vernünftig. Keinesfalls darf unser Land aber unentgeltlich in eine andere Trägerschaft übertragen werden.

Finanzielle Tragbarkeit völlig unklar

Es besteht keine Finanzplanung für den Gemeindeverband. Es ist völlig unklar, wie die erwarteten laufenden Einnahmen und Ausgaben aussehen werden. Auch ist zu befürchten, dass es in der Investitionsrechnung zu Abweichungen kommt und auch hier die Städte nachfinanzieren müssten. Das vorliegende Geschäft ist daher für den Stadtrat eigentlich noch gar nicht beratungsreif.

Machtkonzentration

Durch diese Abkoppelung erhalten Vorstand und die Delegiertenversammlung (d.h. die Gemeinderäte) eine enorme Macht über diesen Perimeter, auch über ein von den Städten abgekoppeltes Budget. Zudem entsteht ein Interessenkonflikt. Das lehnen wir ab. Die demokratische Kontrolle über das neue Quartier muss bei den ordentlichen Behörden bleiben.

Kein Mitspracherecht der Bevölkerung

Die Referendumshürde von 1'000 Unterschriften ist viel zu hoch. Sofern ein Beschluss insbesondere in Nidau umstritten ist (z.B. Lärmprobleme), liessen sich die 1'000 Unterschriften ohne Schützenhilfe aus Biel kaum sammeln. Ohne Gemeindeverband gilt die übliche gut erreichbare Hürde von 200 Unterschriften in Nidau.

Faktische Defizitgarantie = Risiko

Art. 40 und 41 des OR regeln, dass die Städte einen allfälligen Verlust des Gemeindeverbandes nachfinanzieren müssen. Der Gemeindeverband wiederum kann nur unter erschwerten Bedingungen einen potentiellen Gewinn an die Städte ausschütten, d.h. nur, wenn sämtliche (auch langfristige) Verbindlichkeiten gegenüber Mobimo und den Verbandsverpflichtungen "einwandfrei" erfüllt werden. Eine solche vertragliche Verpflichtung dürfen wir niemals eingehen!

Forderungen:

1. Auf die Schaffung eines Gemeindeverbandes ist gänzlich zu verzichten. Die ordentlichen politischen Instanzen bleiben weiterhin für sämtliche Aufgaben verantwortlich.
2. Die angestrebte Lösung mit der Landabgabe im Baurecht (ca. 65%) und dem teilweisen Landverkauf an den Investor (ca. 35%) wird unterstützt. Die Städte müssen die demokratische Kontrolle über einen Grossteil des Landes zwingend behalten.

II VERTRAG AGGLOLAC (INKL. REGELUNG MEHRWERTABGABE)

(Einseitiger) Vertrag wird obsolet

Durch die grundsätzliche Ablehnung von AGGLOlac in der vorgesehenen Form und aufgrund der grundsätzlichen Ablehnung des Gemeindeverbandes, lehnen wir konsequenterweise auch den vorliegenden Vertrag ab. Dieser wäre ohnehin in diversen Belangen äusserst einseitig zu Ungunsten der Städte ausformuliert - Der Gemeinderat wurde offenbar völlig über den Tisch gezogen. Durch eine Ablehnung des Vertrags stärken wir dem Gemeinderat für die kommenden Verhandlungen auch den Rücken.

Das Volk entscheidet!

Wenn das Volk sich entgegen unserer Empfehlung für die Einführung einer Mehrwertabgabe entscheidet, soll diese auch für alle gelten! Es ist äusserst stossend, dass im vorliegenden Vertrag Mobimo von dieser Mehrwertabgabe befreit wurde (S. 89, 6.4.7.) und damit die Städte zahlungspflichtig werden! Von einem neutralen Standpunkt aus gesehen ist AGGLOlac ein Paradebeispiel für ein Projekt, wo eine Mehrwertabgabe Sinn machen könnte. Allerdings ist auch klar, dass während dem Spiel nicht einfach die Spielregeln geändert werden können (bei der Auflage des Projekts gab es noch kein MWAR).

Risiken der Altlasten

Die Aufteilung der Kosten betreffend Altlastensanierung sind extrem einseitig komplett zu Lasten der Gemeinden aufgeteilt - Mobimo trägt 0 Risiken und könnte allfällige Kosten bis 20 Jahre nach Vertragsabschluss vollständig einfordern! Auch könnte sie das Vorgehen bei der Umsetzung praktisch in Eigenregie diktieren, selbst auf Baufeldern, wo noch nicht gebaut wird.

Mehrwertabgabe

Die SVP Nidau lehnt die Einführung einer Mehrwertabgabe ab und hat gegen den entsprechenden Stadtratsbeschluss erfolgreich (zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien) das Referendum ergriffen. Nimmt das Volk das MWAR jedoch an, würde neu eine Mehrwertabgabe von 30% auch auf Umzonungen bzw. Aufzonungen gelten, wie diese bei AGGLOlac vorgesehen sind.

Nidauer werden geschröpft, Mobimo kassiert

Mit diesen Vorlagen würde bei einer Annahme von AGGLOlac und des MWAR unhaltbare Zustände geschaffen: Während die Nidauer Privatpersonen und Firmen, welche jahrelang für mögliche Projekte gespart haben, mit einer Abgabe geschröpft werden, wird Mobimo, die mit AGGLOlac Millionen verdienen, von der Abgabe ausgenommen. Zudem: Die Städte würden zahlungspflichtig und müssten diese Abgabe, die eigentlich Mobimo zahlen müsste, übernehmen - Das ist inakzeptabel.

Minderpreisregelung

Auf S.86/87 wird eine sehr sonderbar anmutende Minderpreisregelung formuliert. Mobimo könnte demnach den Städten bis zur Unterzeichnung der Vollzugsverträge eine "neue Aufteilung des Gesamtpreises vorschlagen, wenn objektive Gründe dafür vorliegen. Die Gemeinden hätten dann kaum eine Möglichkeit, sich zu wehren und dürften auch keinen eigenen Vergleich erstellen.

Forderungen:

1. Der Vertrag muss grundlegend basierend auf einer Lösung ohne Gemeindeverband überarbeitet werden.
2. Je nach Entscheid der Nidauer Stimmbevölkerung am 13. Juni 2021 betreffend Mehrwertabgabe muss dieser Beschluss (sofern dieser entgegen unserer Haltung positiv ausfällt) für ein Nachfolgeprojekt berücksichtigt werden. Mobimo muss ihren Anteil bezahlen, wenn die Bevölkerung dies explizit mit der Annahme des MWAR beschliesst

III BAURECHTLICHE TEILGRUNDORDNUNG (TGO)

Überbauung (Nutzungs/Bauzonenplan, Teilbaureglement) etc.

Viel zu massiv!

Die Dichte der Überbauung ist mit 117'000 m² Bruttogeschossfläche viel zu massiv. Dies war auch der grösste Kritikpunkt im Mitwirkungsverfahren. Beispielsweise das Hochhaus wurde mit 65% abgelehnt. Die bis zu 9 stöckigen "Klötze" werden von vielen Personen als städtebaulich unpassend wahrgenommen. Seit der Planung ExpoPark wurde die BGF in etwa vervierfacht, gegenüber der ursprünglichen Vision AGGLOlac fast verdoppelt!

Ein verbindlicher Gestaltungsplan fehlt

Die Projektgesellschaft verbreitet zahlreiche Grafiken der Freiräume und Gebäude. Es fehlt jedoch ein verbindlicher Gestaltungsplan, für zwei der ZPP's sind Architekturwettbewerbe vorgesehen. Diverse andere Projekte von Mobimo zeigen, dass Computeranimation ("schön grün") und Realität ("Betonwüsten") weit voneinander entfernt liegen können. Siehe Mattenhof (Kriens, LU) und Aeschbachquartier (Aarau, AG).

(Halb)-Öffentliche Flächen

Die Flächen zwischen den Gebäuden werden als "halböffentliche Grünflächen" (Bericht an den Stadtrat, S.3) beschrieben. Damit wird klar, dass die Öffentlichkeit auf einem Teil des Areal grundsätzlich unerwünscht ist und damit diese Flächen, welche irreführend als öffentliche Flächen dazu gerechnet werden, für die breite Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich bzw. nutzbar sind.

Nutzungskonflikte

Nutzungskonflikte sind mit dem vorliegenden Projekt vorprogrammiert. Die breite Öffentlichkeit hat ein Interesse an einem attraktiven Naherholungsgebiet mit Freiflächen und Möglichkeiten für Sport und Kultur. Dies verursacht Lärm und Menschenansammlungen, die dem Anliegen der Anwohnerschaft zuwider laufen. Es ist höchst fraglich, welche Freizeitaktivitäten im Perimeter künftig noch geduldet würden.

Forderungen:

1. Die massive Überbauung in der ZPP 7.3 muss stark reduziert werden. Auf ein Hochhaus ist zu verzichten, dieses wäre in einer Volksabstimmung wohl nicht mehrheitsfähig und dürfte die Chancen der Vorlage erheblich verschlechtern.
2. Ein verdichtetes Bauen ist für die SVP auf der ZPP 7.1 (Schlossmatte) und entlang der Dr. Schneiderstrasse und der Marina (ZPP 7.4 / Teile 7.5) denkbar.
3. Der See-nahe Teil der ZPP 7.5 soll grössere Freiflächen (für Sport und Kultur, sowie Grünflächen) vorsehen, auf eine Überbauung ist zu verzichten.
4. Ein Anhaltspunkt für eine akzeptablere Flächenaufteilung (Bauen vs. Freiflächen) liefert die Planung des Kulturschutzgebiets.

Gemeinnütziger Wohnungsbau

Lebendiges Quartier

Das Projekt muss ein lebendiges, gut durchmischtes Quartier entstehen lassen. Die vorgesehenen 18% der Flächen, die für den gemeinnützigen Wohnungsbau vorgesehen sind, scheinen angemessen, um das Projekt auch bei linken Kreisen mehrheitsfähig zu machen. Durch einen gewissen Anteil an genossenschaftlich organisierten Wohneinheiten wird auch sichergestellt, dass die Wohnflächen für die "Durchschnittsperson" erschwinglich sind.

Keine Zweitwohnungen!

Aus der Inzidenzanalyse (Zusammenfassung) geht hervor, dass von den geplanten 744 Wohnungen 86 als Zweitwohnungen eingeplant sind. Das ist inakzeptabel. Zweitwohnungen sind in dieser Überbauung grundsätzlich vollständig zu vermeiden.

Auswahl durch Städte

Mit der Vorlage wird Mobimo zur Auswahl der Wohnbauträger berechtigt. Dies lehnen wir ab - Die Städte, als Baurechtsgeber sollen die Wohnbauträger auswählen (vergl. Kapitel Gemeindeverband: Das Land muss bei den Gemeinden bleiben!). Damit kann auch die politische Kontrolle in diesem Prozess sichergestellt werden.

Forderungen:

1. Der vorgesehene Anteil für gemeinnützigen Wohnungsbau von 18% wird unterstützt. Der Grossteil der entstehenden Wohnflächen müssen für die "Durchschnittsperson" erschwinglich sein. Der Anteil an Wohnflächen für die Ober- Mittel- und Unterschicht könnte z.B. nach dem 15-70-15 Prinzip aufgeteilt werden.
2. Die Städte vergeben einen definierten Teil des Landes im Baurecht an gemeinnützige Trägerschaften.
3. Zweitwohnungen werden vollständig vermieden. Durch Zweitwohnungen wird Wohnfläche besetzt, die ansonsten mit Steuerzahlern gefüllt werden, die dann in Nidau und der Region auch konsumieren. Bei Besitzern von Zweitwohnungen ist dies nicht bzw. nur sehr begrenzt der Fall.

Verkehr (Mobilitätskonzept)

Verkehrstechnische Sackgasse

AGGLOlac verursacht, je nachdem ob man die Zahlen des Mobilitätskonzepts oder des GVK herbei zieht, einen Mehrverkehr von rund 3'600 Fahrten (Mobilitätskonzept S. 30). Dies ergibt eine totale Anzahl Fahrten von über 7'000 welche die Projektgesellschaft auf 3'700 Fahrten unter das aktuelle Niveau (ca. 4'300 Fahrten) kontingentieren möchte. Das ist völlig unrealistisch.

Alle Verkehrsteilnehmer leiden

Das Strassennetz im umliegenden Perimeter ist heute bereits überlastet. Durch AGGLOlac wird ein zusätzlicher erheblicher Mehrverkehr generiert.

Darunter leiden alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere jene, die täglich über den Knoten Aarbergstrasse zur Arbeit fahren (Auswärtige aber auch Nidauer). Die Verkehrsproblematik ist ein Symptom, die völlig überdimensionierte Überbauung ist das Grundproblem.

Ausfahrtsdosierungen & Parkplätze

Völlig illusorisch ist es zu glauben, dass die im Mobilitätskonzept (S. 44) beschriebenen Ausfahrtsdosierungen in der Realität umsetzbar sind. Dies kommt einem quasi-Verkehrs-Lockdown gleich. Damit würde AGGLOlac zu einer de-facto "gated community." Total werden die Anzahl öffentlichen Parkplätze von heute 400 auf 200 reduziert - Eine spätere Erhöhung auf 400 ist illusorisch (das Fahrtenkontingent müsste eingehalten werden).

Verkehrskollaps ist vorprogrammiert

"Der Mehrverkehr durch AGGLOlac kann nicht ohne weiteres aufgenommen werden" (S. 11 Mobilitätskonzept).

"Mit der Eröffnung des A5 Ostastes wird sich die Situation noch verschärfen. Erst der Westast wird eine Entlastung der kritischen Knoten bewirken" (S. 25).

Kurz: Ohne Westast fällt das Verkehrskonzept in sich zusammen.

Suchverkehr in den Quartieren

Zur Vermeidung von Suchverkehr in den angrenzenden Quartieren wird in Nidau West eine Zubringer-Regelung geschaffen. Dies ist grundsätzlich, unabhängig von AGGLOlac, zu befürworten. Damit verbessert sich auch die Schulwegsicherheit. Allerdings ist diese Regelung auch kaum kontrollierbar und die Wirksamkeit muss zumindest in Frage gestellt werden.

Autofahrer werden geschröpft

Weiter ist im Mobilitätskonzept zu lesen, dass weitere Massnahmen betreffend Parkierung getroffen werden sollen. Gemeint sind damit wohl auch massive Erhöhungen der Parkplatzgebühren, um das Gebiet für Autofahrer möglichst unattraktiv zu machen. Das Naherholungsgebiet soll für alle Verkehrsteilnehmer erschwinglich bleiben!

Forderungen:

1. Ein Nachfolgeprojekt muss ein Mobilitätskonzept enthalten das aufzeigt, wie das Verkehrsaufkommen unter realistischen Annahmen ohne Westast bewältigt werden kann. Oder in anderen Worten: Das Nachfolgeprojekt muss verkehrstechnisch so konzipiert werden, dass der Mehrverkehr auch ohne Westast aufgenommen werden kann.
2. Auf autofeindliche flankierende Massnahmen, wie Ausfahrtsdosierungen und Gebührenerhöhungen für Parkplätze ist zu verzichten.
3. Die Einführung einer Zubringer-Regelung in Nidau West wird unterstützt und soll unabhängig von AGGLOlac umgesetzt werden.
4. Der Kompromiss der Anzahl Parkplätze pro Wohnung von ca. 0.7 wird unterstützt. Dieser Wert dürfte für uns jedoch auch höher sein (im Durchschnitt 1 Parkplatz pro Wohnung), um guten Steuerzahlern ein attraktives Wohnpaket anbieten zu können.

Ökologie und Energie

Seewasser-Nutzung

AGGLOlac sieht die Nutzung dieser wegweisenden Energiegewinnung vor. Die SVP unterstützt dies, zumal eine bessere Auslastung der Seewassernutzung auch die Rentabilität der Seewassernutzung-Aktiengesellschaft verbessert, wo die Stadt Nidau beteiligt ist. Auch ökologisch macht die ganze Sache Sinn.

Ökologische Aufwertung

Die vorgesehenen Massnahmen zur ökologischen Aufwertung werden unterstützt und sollen, sofern möglich, auch bei einem Nachfolgeprojekt umgesetzt werden. Insbesondere dem Erlenwäldli geht es bekanntlich schlecht.

2000-Watt-Areal

Die strikte Einhaltung der 2000-Watt-Vorschriften ist für die SVP keine Priorität, allerdings macht es Sinn bei Neubauten auf eine hohe Energie-Effizienz zu achten.

Forderungen:

1. Die vorgesehenen Massnahmen betreffend Ökologie und Energie werden von der SVP unterstützt. Sie sollen auch bei einem allfälligen Nachfolgeprojekt in vergleichbarer Weise vorgesehen werden.

Finanzen und Infrastruktur - Auswirkungen auf die Stadt Nidau

Nötige vs. unnötige Investitionen

Die Projektgesellschaft klammert durch das Projekt verursachte zwingende Investitionen aus und reserviert das Geld stattdessen für andere äusserst kostspielige Unterfangen, die so nicht zwingend nötig sind: Badesteg (1.3 Mio. CHF), Klappbrücke über den Hafen (1 Mio. CHF), Aussichtsturm (0.7 Mio. CHF) oder Zwangsumsiedlung der Tennisclubs (2.5 Mio. CHF) sind nur einige wenige Beispiele.

Kosten pro Schulzimmer falsch berechnet

Im Neubau Beunden Ost sind 14 Schulzimmer und je 1 Kiga und Tagesschule vorgesehen. Das Projekt kostet voraussichtlich 22 Mio. CHF, also rund 1.37 Mio. CHF pro Zimmer (vergl. GPK). Die Inzidenzanalyse geht von 500'000 CHF pro Schulzimmer aus, d.h. 50 bzw. 30% der Kosten verglichen zum Neubau Beunden Ost als Referenz. Zudem werden auch die Zusatzkosten der Kinderbetreuung vernachlässigt. Vernachlässigt wird auch der Bau einer Turnhalle (Kostenpunkt: min. 12 Mio. CHF, vergl. Schulraumplanung), wo doch die Nidauer Turnhallen bereits heute überlastet sind.

Mehraufwand in der Verwaltung

Die Inzidenzanalyse geht zudem davon aus, dass in der Nidauer Verwaltung keine Mehrkosten entstehen. Dies ist grobfahrlässig falsch. Aktuell verzeichnet Nidau einen jährlichen allgemeinen Verwaltungsaufwand von ca. 4.8 Mio. CHF bei 7'000 Einwohnern. Mit 1'700 Einwohnern mehr (durch AGGLOlac) würden die Verwaltungskosten linear hochgerechnet um rund 1.2 Mio. CHF auf 6 Mio. CHF zunehmen. Diese Kosten fehlen in der Finanzrechnung komplett.

40 Mio. CHF Schulden, Abschreibungen & Zinsen

Die Inzidenzanalyse hält korrekt fest, dass sämtliche Investitionen durch Nidau vorfinanziert werden müssen. Das Versprechen, dies ohne Neuverschuldung zu bewerkstelligen, erweist sich für die SVP als kreuzfalsch. Nidau müsste dazu wohl mindestens 40 Mio. CHF Schulden aufnehmen. Dies generiert einen jährlichen Abschreibungsaufwand von 1.5 Mio. CHF (25 Jahre, linear) und Zinskosten (3% auf 40 Mio. CHF) von 1.2 Mio. CHF.

Forderungen:

1. Das Nachfolgeprojekt wird dahingehend überarbeitet, dass sämtliche Investitionen, die zu Lasten der Stadt Nidau gehen, durch das Projektbudget getragen werden (Einnahmen durch Baurechte und Landverkäufe). Die Plan-ER der Stadt Nidau muss unter Berücksichtigung sämtlicher Effekte positiv beeinflusst werden.
2. Im AGGLOlac-Investitionsprogramm muss insbesondere die Erweiterung des Schulraums und der Verwaltung zwingend enthalten sein.

Kaum Reserven vorhanden

“Die Reserve an Schulzimmern im Schulhaus Beunden Ost dürfte gemäss Studie nicht für die zusätzlichen Schüler aus AGGLOlac ausreichen” (Inz.analyse, S. 9). Im Schulhaus Beunden Ost dürften 5-6 Schulzimmer (gemäss Schulraumplanung 3-4) als Reserve bereit stehen - Jedoch als letzte Reserve für GANZ Nidau inkl. Schulverbandsgemeinden, wo ein erhebliches Wachstum erwartet wird.

Investitionsbedarf Schulraum: 30 Mio. CHF

Unter realistischen Annahmen wird Nidau für die 170 zusätzlichen deutschsprachigen schulpflichtigen Kinder ein neues Schulhaus in der Grössenordnung des Balainen inkl. Nebenräumen, Turnhalle, Aula, etc. bauen müssen. Mit einer üblichen Klassengrösse von 20 Kindern werden mindestens zusätzliche 9 Schulzimmer benötigt. Der Investitionsbedarf schätzen wir auf rund 30 Mio. CHF. Insgesamt geht die Projektgesellschaft von einem viel zu tiefen Investitionsbedarf von nur 1 Mio. CHF aus (nicht berücksichtigter worst case: 4 Mio. CHF).

Investitionsbedarf Verwaltung: 10 Mio. CHF

Die Nidauer Verwaltung hat zu wenig Platz, dies ist unlängst bekannt. Darum sind beispielsweise auch die Sozialen Dienste extern eingemietet und der Gemeinderat erwägt auch im Alpha-Gebäude, Räume für die Verwaltung zu reservieren (dadurch entgehen der Stadt jedoch potentielle Mieteinnahmen). Durch AGGLOlac wird Nidau unausweichlich ein neues Verwaltungsgebäude bauen müssen. Die Kosten dafür schätzen wir auf mindestens 10 Mio. CHF.

Finanzrechnung korrigiert

Sofern die jährlichen Steuereinnahmen tatsächlich 3.5 Mio. CHF betragen, stünden dem Ausgaben von rund 6.5 Mio. CHF gegenüber. Die Finanzrechnung der Inzidenzanalyse vernachlässigt Kosten von 4 Mio. CHF. Es resultiert anstelle eines Netto-Mehrertrags von 1 Mio. CHF ein jährlicher Verlust von 3 Mio. CHF. AGGLOlac ist finanziell für die Stadt Nidau nicht ansatzweise tragbar, selbst unter erheblich optimistischeren Annahmen nicht.

Wassersportzentrum (GPK):
10 Vereine "angesprochen"
3 Interesse als Gründungsmitglied:
YBC Yachtclub, Piranha Surf Club
Kanucenter Bielersee
> Finanzierung völlig unklar (kostet
wohl 1.5 - 2 Mio. CHF! 200k
Anschub, 300k Fördergeld. Rest
Verschuldung!



Bestehende Institutionen und Eigentumsverhältnisse

Tennisclubs Schlossmatte & Dufour

Die Städte wollen die TC's mit ihren rund 500 Mitgliedern nach Ipsach zwangsumsiedeln, obwohl diese eigentlich am aktuellen Standort bleiben möchten. Dadurch geht einerseits ein beliebtes Sportangebot im Perimeter verloren (entgegen den Zielen des Projekts, ein attraktives Sportangebot für die Bevölkerung bereitzustellen) und andererseits verbrätet man so 2.5 Mio. CHF völlig unnötig - Dieser Betrag wäre z.B. für Investitionen in Schulraum besser investiert.

EHCB-Seeschwalben

Der Verein mit seinen rund 320 Mitgliedern würde durch AGGLOlac sein Vereinslokal verlieren. Die Zukunft des Vereins wäre ungewiss, da aktuell unklar ist, ob und wo und zu welchen Konditionen ein Ersatz-Vereinslokal gefunden werden könnte. Die Stadt Nidau hat ihre Unterstützung zugesichert, was der Verein positiv wertet.

Barkenhafen AG

Die Barkenhafen AG meldet grosse Vorbehalte betreffend der Finanzierung des geplanten Hafens an, der sich mit AGGLOlac neu im Besitz des Gemeindeverbandes befinden würde. Auch befürchtet sie, dass das geplante Wassersportzentrum für die betroffenen Vereine gar nicht finanzierbar ist. Auch bekräftigt sie, dass die Stadt Biel der AG gegenüber vertragsbrüchig wurde.

Wassersportverein

Der Wassersportverein ("Fischerverein") mit seinen rund 40 Mitgliedern steht wegen AGGLOlac vor dem Aus. Die Einmietung ins geplante Wassersportzentrum ist für den Verein kaum eine Option: Zu wenig Platz, zu teuer und die nötigen Infrastrukturen fehlen. Zudem müssten die Fischer ihre Boote täglich ein- und auswassern, was völlig unpraktikabel wäre.

Lago Lodge

Das beliebte Hostel als Treffpunkt für 14'000+ Personen aus der Region (plus Touristen) bleibt nach langen Verhandlungen am aktuellen Standort bestehen. Freude über AGGLOlac herrscht jedoch keine, denn die Parzelle würde durch AGGLOlac regelrecht zugemauert werden. Die Inhaber befinden das Projekt AGGLOlac weder im grossen und regionalen Zusammenhang noch in Bezug auf unsere Firmen als gelungen und bitten die Stadträte beider Städte darum das Projekt abzulehnen.

Feuerwehr

Innerhalb der Regiofeuerwehr Agglomeration Biel gibt es einen Zug 5, der im Moment im Magazin in Nidau stationiert ist. Es ist bisher nicht darüber gesprochen worden, welchen Einfluss das Projekt Agglolac auf diese Situation hätte. Bei einem möglichen Bau eines neuen Feuerwehrmagazins müssten die Städte gemäss Vertrag Regiofeuerwehr dies über die Feuerwehersatzagaben oder über das ordentliche Budget finanzieren.

Siehe auch Infoschreiben der Institutionen zuhanden des Stadtrates.

Forderungen:

1. Die aktuellen Institutionen sind am aktuellen Standort zu belassen und in das AGGLOlac-Projekt zu integrieren, der eingesparte Betrag soll für die Finanzierung der Infrastrukturen (siehe vorheriges Kapitel) vorgesehen werden. Werden den Institutionen entgegen ihrem Willen Massnahmen einfach aufgezwungen, erzeugt dies wohl hunderte Gegenstimmen, was die Gesamtvorlage gefährdet.
2. Mit allen Institutionen sollen Lösungen gefunden werden, die in ihrem Sinne liegen und welche sie zuhanden des Nachfolgeprojekts, zum Beispiel im Rahmen eines Freizeit-, Sport-, und Kulturkonzepts erarbeiten. Dafür gibt es auch bereits im Agglolac-Projekte interessante Ansätze (z.B. Spielfelder für neue Sportarten, Spielplätze, etc.).

IV Verpflichtungskredit von 7.8 Mio. CHF

Zur Erschliessung des Gebiets mit Strom, Wasser, Abwasser, etc. werden Investitionen von 7.8 Mio. CHF anfallen, die über die entsprechenden Gebühreneinnahmen gedeckt werden können. Diese Vorlage ist unumstritten und dürfte auch bei einem Nachfolgeprojekt so vorgesehen werden.

Die Erschliessung und Abrechnung für die Seewassernutzung läuft über die separate AG (wo Nidau beteiligt ist), wo AGGLOlac zwar vorgesehen, aber nicht fix eingeplant ist (die AG ist auch ohne AGGLOlac rentabel). Mit einem grösseren Einzugsgebiet würde sich die Rentabilität aber natürlich spürbar verbessern.

1b ABSTIMMUNGSBOTSCHAFT

So weit kommt's erst gar nicht... ;)

SOFERN AGGLOlac ABGELEHNT WIRD:

Antrag unter Beschluss für 7. Ziffer (neu)

7. Für die weitere Entwicklung des Perimeters bzw. künftige Planungen soll ein runder Tisch mit allen beteiligten Stakeholdern (Direktbetroffenen, Parteien, Vereinen, Anwohnern, etc.) geschaffen werden, um mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten.

Für Rückfragen:

Leander Gabathuler, Fraktionspräsident, Stadtrat SVP Nidau
info@svp-nidau.ch
www.svp-nidau.ch